

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. - Insetate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 5. Februar 1916.

20. Jahrgang.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Beschluß des Vorstandes und Verbandsauschusses wird
der für 1916 fällige Verbandstag auf unbestimmte Zeit vertagt.
Das auf unsern Verbandstag in Dresden im Jahre 1914 be-
schlossene Statut ist nicht in vollem Umfang in Kraft getreten, son-
dern wurde durch Bestimmungen des Vorstandes und Verbands-
auschusses am 16. August (Nr. 34 des „Steinarbeiters“ vom 22. Aug.
1914) abgeändert. Diese Bestimmungen behielten ihre Gültigkeit
bis zum 1. April 1915 und wurden am 15. März 1915 durch Be-
schluß einer Beiratskonferenz durch folgende ersetzt, welche für die
Dauer des Krieges in Kraft bleiben.

Bezüglich der Beitragsleistung gilt nachstehende Bestimmung:
Die Beitragsklassen (70, 60, 50, 40, 30 Pfg.) ebenso der Anteil
der Zahlstellen an den Beiträgen (10, 8, 6, 4, 2 Pfg.) bleiben wie
bisher.
Jedes in Arbeit stehende Mitglied ist verpflichtet, seinen vollen
Beitrag zu leisten; bei Erwerbslosigkeit (Krankheit, Arbeitslosigkeit)
über 3 Tage kann das Mitglied eine Erwerbslosenmarke zu 20 Pfg.
haben.
§ 5, Ziffer 5. In Krankheitsfällen, welche Erwerbsunfähigkeit
bedingen, können die Mitglieder Unterstützung erhalten, sobald
52 volle Wochenbeiträge entrichtet sind und die Mitglieder auch die
sonstigen Pflichten dem Verband gegenüber erfüllt haben; die Kranken-
mitglieder haben sich spätestens in der zweiten Krankheitswoche bei
der Ortsverwaltung zu melden. Die Meldung beim Zentralvorstand
durch die Ortsverwaltung hat innerhalb eines Monats zu geschehen.

a) Die Unterstützung beträgt pro Tag 75 Pfg., pro Woche, letztere
zu sechs Tagen gerechnet, 4,50 Mk. Die ersten drei Tage werden
nicht unterstützt. Vom vierten Tage an beträgt die Dauer
der Unterstützung
bei 52 wöch. voll. Beitragsleist. bis zu 6 Wochen = 27,00 Mk.
„ 104 „ „ „ „ 9 „ = 40,50 „
„ 156 „ „ „ „ 12 „ = 54,00 „

Weibliche Mitglieder erhalten pro Tag 50 Pfg. Bezugsdauer
nach denselben Bestimmungen wie für die männlichen Mitglie-
der. Höchstbetrag für weibliche Mitglieder 18, 27 bezw. 36 Mk.

b) Innerhalb eines Jahres wird die Unterstützung nur einmal
gewährt. Das Unterstützungsjahr beginnt mit dem Erhebungs-
tage der Unterstützung. Von einem Tage wird stets 52 Wochen
anrechenbar und darf nur dann Unterstützung ausbezahlt
werden, wenn der Krankenanspruch noch nicht voll erhoben ist.
Ausnahmsweise Mitglieder haben erst nach 2wöchiger voller Bei-
tragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung. Bei Kranken-
en, die in verschiedenen Zeitperioden innerhalb eines Jahres er-
kranken, werden die Unterstützungswochen zusammengerechnet,
bis die nach der Beitragsleistung in Betracht kommende Höchst-
summe erreicht ist; bei wiederholten Krankmeldungen kommt
die dreimonatige Karenzzeit in dem Unterstützungsjahre nur einmal
in Anrechnung.

c) Die Kontrolle und Auszahlung liegt in Händen der örtlichen
Zustellungsverwaltung. Die erkrankten Mitglieder sind ver-
pflichtet, bei der Auszahlung ein ärztliches Attest oder Kranken-
buch vorzulegen. Die Unterstützung der Einzelmitglieder wird
nach Einlegung eines ärztlichen Attestes nebst Mitgliedsbuch
vom Zentralvorstand ausbezahlt.

d) Für Mitglieder, welche von anderen Organisationen übertreten,
kommt die Resolution betreffs Uebertretungsbedingungen in An-
wendung.
e) Mitglieder, welche im Verbandsverbande mindestens 52 volle Wochen-
beiträge geleistet haben und zur aktiven Mitarbeit einge-
tragen sind, können sich ordnungsmäßig abmelden und nach ihrer Ent-
lassung von Militär innerhalb vierzehn Tagen anmelden, sind
vom Tage der Abmeldung an bezugsberechtigt.

f) Mitglieder, welche dem Verbandsverbande 52 volle Wochenbeiträge
geleistet haben, nach vorchriftsmäßiger Abmeldung ins Aus-
land reisen und innerhalb dreier Monate zurückkehren, sind
ohne weiteres bezugsberechtigt. Bei längerer Abwesenheit
als drei Monate bis zu einem Jahre tritt die Unterstützungs-
berechtigung erst nach Einlegung von acht Wochenbeiträgen
ein. Nach dem Auslande wird kein Krankenzuschuß gezahlt.

g) Die rückständigen Beiträge werden bei der Auszahlung in
Anrechnung gebracht; wer länger als acht Wochen mit seinen
Beiträgen zurückbleibt, hat keinen Anspruch auf Unterstützung.

Ziffer 6. Sterbeunterstützung. Beim Sterbefall eines Mitglieds
kann der Vorstand den Hinterbliebenen, sofern der Verstorbene
mindestens drei Jahre der Organisation angehört, Unterstützung
gewähren, und zwar:
bei dreijähriger Mitgliedschaft . . . 30 Mk.
„ „ „ „ „ „ . . . 50 „
„ „ „ „ „ „ „ . . . 70 „

Beim Sterbefall eines weiblichen Mitglieds werden bei drei-
jähriger Mitgliedschaft 20 Mk., bei siebenjähriger Mitgliedschaft
30 Mk. Unterstützung gezahlt. Als bezugsberechtigt gelten die Ehe-
gatten, Kinder oder deren Vormund, sowie die Zahlstellen, welche
für die Beerdigung eines Mitglieds Gelder aufgewendet haben.

a) Die Auszahlung erfolgt nur vom Zentralvorstand. Zu diesem
Zweck ist Sterbeurkunde sowie Mitgliedsbuch vorzulegen
oder einzulösen, und hat dieses spätestens innerhalb vier
Wochen vom Sterbetage an zu geschehen. Nach dieser Zeit
können Ansprüche nicht mehr erhoben werden. Die rück-
ständigen Beiträge werden bei der Auszahlung in Anrechnung
gebracht.
Die Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen oder derjenigen,
die zum Inlandsheeresdienst eingezogen sind und einen Todesfall
erleiden, erhalten:
bei dreijähriger Mitgliedschaft . . . 20 Mk.
„ „ „ „ „ „ . . . 30 „
als Sterbeunterstützung. Die Angehörigen gefallener lediger Ver-
bandsmitglieder können ausnahmsweise nur dann die Sterbeunter-
stützung erhalten, wenn die Ortsverwaltung einwandfrei nachweist,
daß das ledige Mitglied seine Angehörigen im vollen Umfang unter-
stützt hat. Für aktiv Dienende scheidet die Unterstützung ohne
weiteres aus.

Die Nahrungsmittelversorgung im Kriege.

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Die deutsche Sozialdemokratie hat gleich nach Ausbruch des
Krieges auf die große Bedeutung der Sicherstellung unserer Nahrungsmittel-
versorgung hingewiesen. Was der Vorstand der Partei im
Verein mit der Generalkommission der Gewerkschaften damals vor-
schlug, um die Schwierigkeiten in der Zufuhr von Nahrungsmitteln,
in der Verteilung und Preisfestsetzung zu beheben, hat sich zuerst
nur schwer durchzusetzen vermocht, heute aber, nach 17 Monaten
bitterer Kriegserfahrungen, gilt es als wichtiger Grundsatz der Nahrungsmittel-
versorgung. Es war keine übermäßige Menge von Mitteln
wenn Maßregeln gefordert wurden, die das ganze Wirtschafts-
getriebe, den freien Wettbewerb, ausschließen sollten, um Organis-
ation und Regelung an Stelle der Willkür zu setzen, sondern es war
die Erkenntnis, daß ein Haushalten nur möglich ist mit der Durch-
führung eines weitgehenden Zwangs.

Dieses Haushalten war nötig, wenn wir nicht in große Bedräng-
nis geraten wollten. Unsere Hauptnahrungsmittel zeigen auch gegen-
wärtig noch kein Manko auf, das uns Gefahr bringen könnte; aber
wir haben auch keinen Ueberfluß. Auskommen heißt hier Einteilen,
so daß jeder den Mangel spürt, auch der, dem sonst ein wohlgefügter
Geldbeutel geboten würde, sich vor dem Mangel zu schützen. Das
haben wir bei der Brotverteilung erreicht, sind aber leider nicht
weiter darüber hinausgekommen. Wir müssen verhindern, daß durch
unüberlegte Einkäufe große Bestände von Nahrungsmitteln in den
Einzelhandlungen sich anhäufen, weil damit die Gesamtheit schwer
geschädigt wird. Die hohe Preislage für Nahrungsmittel macht es
für vielen fast unmöglich, auch nur das notwendige in annähernd
dem Maße einzukaufen, obwohl die schwer arbeitende Bevölkerung
in erster Linie mit hinreichender Nahrung versehen werden muß.

Für unsere Lebensmittelversorgung ist die Steigerung der Pro-
duktion, eine richtige Einteilung des Anbaues in der Landwirtschaft
und die Sicherung unserer Viehhaltung von großer Bedeutung. In
allem sind wir im wesentlichen auf uns selbst angewiesen, auf das,
was im Inlande erzeugt werden kann. Schonen wir uns jedoch
nicht vor weitgehenden Eingriffen in die privatkapitalistische Pro-
duktionsweise, so kommen wir ohne schwere Schädigung über die
Bewegung des Marktes hinweg und brauchen auch jetzt, nach bald
anderthalbjähriger Kriegsdauer keine Besorgnis zu hegen.

Über diese Schen vor dem Eingriff besteht immer noch. Das
haben auch die jüngsten Reichstagsverhandlungen ge-
zeigt, in denen ausführlicher als sonst die Frage der Lebensmittel-
versorgung erörtert wurde. Unter dem Zwang der Verhältnisse ist
die Abneigung gegen die Eingriffe in die freie Verfügung der Pro-
duzenten und des Handels zwar zurückgegangen, aber es zeigen
und das Aufkommen von Erwerbslosen deutet an, wie bedauernd
man dem ganzen System der inneren Kriegsorganisation Zugestän-
nisse macht.

Hört man die Vertreter der bürgerlichen Parteien, so sollte man
glauben, niemand erhebe Einspruch gegen die Festsetzung von Höchst-
preisen; und doch zeigt sich der Gegenwitz, sobald man die einzelnen
Nahrungsmittel unter diese Zwangsbestimmung stellen will.

Die Landwirtschaft, soweit sie vom Bund der Landwirte
birigiert wird, will möglichst hohe Preise haben; die Schweinepreise
sind angeht, die Getreidepreise steigen; die Gemüse- und
Kartoffelpreise müssen erhöht werden. Gewiß; Herr Dr. Roske
betonte im Reichstag, seine Freunde seien bereit, aus Staatsmitteln
für die ärmere Bevölkerung Ermäßigungen zu gewähren, damit die
Nachteile der hohen Preisbildung sie nicht zu hart treffe. Die so-
zialdemokratische Fraktion will diese Aufgabe in der
erhöhten Verwendung von Unterstützungen an Hilfsbedürftige sehen,
nicht aber in einer Subventionierung der Landwirtschaft, wie es Herr
Roske bezweckt. Die Verwendung an die Landwirtschaft erscheint
uns schon deshalb verfehlt, weil die Preise gegenwärtig sehr hoch
sind und die gesteigerten Produktionskosten reichlich beden. Gegen
die Festssetzung von Höchstpreisen, um die recht empfind-
liche Preissteigerung hier auszuhalten, hat die konservative Partei
entschiedenen Einspruch erhoben, obwohl kein Zweifel darüber fest-
stellen kann, daß diese Aufwärtsbewegung der Vieh- und Fleisch-
preise leider noch weiter anhält. Eines unserer wichtigsten
Nahrungsmittel, die Kartoffel, die heute einen mäßigen Höchst-
preis aufweist, schiebt sich wieder vor der Gefahr einer erneuten
Steigerung des Preises. Ein von der sozialdemokratischen Partei
gestellter Antrag, die Preise nicht zu erhöhen, ist von sämtlichen bür-
gerlichen Parteien abgelehnt worden. Die Höchstpreisfestsetzungen
zu handhaben, daß an Stelle der sprunghaften Preisfestsetzungen im
freien Handel eine feste Steigerung durch Verordnungen der Re-
gierung tritt, heißt denn doch den Zweck, der durch die Höchstpreis-
festsetzungen erreicht werden soll, in sein Gegenteil ver-
kehren.

Immer wieder klingt aus den Reihen der konservativen Parti-
die Klage heraus, daß die Landwirtschaft nur Opfer bringe, daß sie
baldigen den Vorwurf der übermäßigen Preisforderung nicht ver-
diene. Niemand wird verkennen, daß auch die Landwirtschaft wie alle
übrigen Stände schwere Lasten im Kriege zu tragen hat. Die Er-
schwerung der Landwirtschaft besteht hauptsächlich in dem Mangel
an genügenden Futtermitteln und in dem Fehlen von Zugvieh. Dar-
unter leidet besonders der kleine Bauer, der für seine Viehhaltung zu-
kaufen muß, während der Großgrundbesitzer in der Lage ist, zu den
ganz ungewöhnlich hohen Preisen noch Futtermittel abzugeben. Auch
in dieser Zeit sind die Interessen der Großgrundbesitzer wahrlich
gut gewahrt worden.

Die Vertreter der liberalen Parteien haben sich zwar
grundsätzlich gegen notwendige Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe
nicht ausgesprochen, aber sie sind nur mit vielen Wenn und Aber
dabei. Sie lassen immer wieder die Meinung erkennen, daß sie alles
von Verordnungen des Bundesrats erwarten. In den Städtege-
meinden geht man aber vorsichtig an den Interessen des Handels
vorüber. Mit Recht hat der Staatssekretär Dr. Delbrück darauf hin-
gewiesen, daß der Bundesrat den Gemeinden die Verfügung erteilt
hat, den Handel auszuhalten und die Versorgung des Marktes
selbst zu übernehmen oder den Handel so zu beeinflussen, daß in
Zwangsverbänden eine Regelung des Geschäftsverkehrs nach den
Grundräcken des Allgemeinwohls erfolgt. In diese Probleme ist
man jedoch nur ganz vereinzelt herangegangen, obwohl hier ein

Mittel in die Hand der Gemeinden gegeben ist, das ihnen und der
Allgemeinheit sehr nützen kann.

Die Durchführung der Höchstpreise setzt in vielen Fällen das
Aushalten des Handels voraus, weil der Handel fort-
gesetzt bemüht ist, alle ihm unbequemen Forderungen zu umgehen
und dadurch die Verordnungen wirkungslos zu machen. Den ersten
größeren Versuch der Zwangsorganisation des Handels wird nun-
mehr die preussische Regierung unternehmen. Der Staatssekretär
Dr. Freund im preussischen Ministerium des Innern hat in
einem sehr beachtenswerten Artikel die Zwangsorganisation für den
Viehhandel gefordert. Diese Organisation unter Kontrolle der Re-
gierung wäre in der Lage, bestimmte Preise festzusetzen, die Speise-
einheitlich zu gestalten, die Vermittlung nach Bezirken zu ordnen,
den unzureichenden Handel auszufüllen. Eine solche Organisation kann
unter energischer Leitung Gutes leisten, wenn sie sich davon freihält,
ihre Macht zu mißbrauchen. Bedenklich wäre es nur, wenn die
preussische Regierung glauben sollte, daß damit die weitere Preis-
steigerung auf dem Schlachtviehmarkt zum Stillstand komme; hier
helfen nur Höchstpreise, die aber um so besser durchgesetzt werden
können, wenn der Handel unter Aufsicht gestellt wird.

Die sozialdemokratische Partei hat im Reichshaus-
haltsauschuss alle wichtigen Fragen der Lebensmittelversorgung zu
Anträgen formuliert und darüber umgehende Erörterungen veran-
laßt. Die Anträge sind mit wenigen Ausnahmen angenommen
worden und damit wäre eine gewisse Einheitlichkeit in der Auffassung
des Reichstags erzielt. Ob nun auch die Regierung sofort diesem
Verlangen entsprechen wird, ist freilich eine andre Frage; die Vor-
urteile in den maßgebenden Regierungskreisen gegen Eingriffe in
die privatkapitalistische Produktion sind so stark und werden von den
Interessentenkreisen so eifrig gestützt, daß die Regierung sich nur mit
Widerstreben von einer unvollkommenen Maßnahme zur andern
drängen läßt. Es würde besonders eine Aufgabe des Reichstags für
Ernährungsfragen sein, die Regierung vorwärts zu drängen.

Durch den Beitrag, der in der letzten Sitzung des Reichstags
ins Leben gerufen worden ist, wird eine von unsern Parteifreunden
schon früher gestellte Forderung zu einem guten Teil erfüllt. Die
Bedeutung der Reichsprüfungstelle für Lebensmittelpreise dürfte
damit etwas in den Hintergrund gedrängt werden, denn der Reichstag
wird dieselben Fragen zu behandeln haben. Die Neuorganisation
hat den Vorteil, daß die Regierung in ständiger Fühlung mit dem
Reichstag bleibt und der Reichstag damit selbst einen Teil der Ver-
antwortung übernimmt. Die regelmäßigen Sitzungen des Reichstags
ermöglichen es auch, sofort die aktuellen Fragen zu erörtern.

Sehr unangenehm wird in der Bevölkerung die Anordnung be-
trachtet, daß vom Bundesrat die Brotzitationen herabgesetzt werden.
Es scheint, daß man hier mit mehr Vorzicht an diese Neuregelung
herangegangen ist als notwendig gewesen wäre; aber es wird auch
niemand die Verantwortung übernehmen wollen, die erforderlichen
Eingriffe abzuweichen. Die Hauptsache ist, daß wir auskommen;
erkennt es geboten, Beschränkungen einzutreten zu lassen, dann ist es
besser, sie erfolgen frühzeitig, um so weniger empfindlich werden sie
uns treffen.

Die Lebensmittelversorgung während des Krieges ist ein Teil
unserer Kriegsführung. Von ihrer Lösung hängt viel ab. Niemand
aber leidet unter unzumutbaren oder zu späten Maßnahmen mehr
als die große Masse der Minderbemittelten, deren Kaufkraft fort-
gesetzt sinkt. Wohl sind auch im Auslande die gleichen Einrichtungen
der hohen Marktpreise vorhanden; aber gerade wir fordern, daß
die Waren aus unserer inländischen Produktion, von denen wir
heute haben, nicht unter die wilden Preisverbreiten kommen, son-
dern daß sie so verteilt werden, daß keiner aus der Notlage des
andern Vorteile zieht.

Unberechtigte Wünsche.

Der Krieg zeitigt die sonderbarsten Wünsche. Eine Anzahl
industrieller wünschen die unbegrenzte Zulassung der Frauenarbeit,
andere wollen auch noch die Kinder. Die Agrarier, die, das muß
ihnen der Weid lassen, ja immer aufs ganze gehen, verlangen, daß
die schulentlassene städtische Jugend durch geschlechtlichen Zwang bis
zum 16. Jahre der Landwirtschaft zugewiesen wird, damit ihnen
praktisch die Viehe zur Landwirtschaft beigebracht werden kann.
Und etliche weniger artverliebte Industrielle verlangten kurzerhand
die Aufhebung aller Arbeiterzuschüsse während der
Kriegszeit, vielleicht auch darüber hinaus. Bei Nichtbeachtung
sind diese Wünsche ja nicht neu, sie wurden schon lange vor Aus-
bruch des Krieges in dieser oder jener Form geäußert, aber jetzt
hat die Selbst- und Gabsucht Hochkonjunktur, und man glaubt, daß
der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um die paar Arbeiterzuschuß-
bestimmungen zu durchlöchern, zu besichtigen oder sonst wirkungslos
zu machen.

Es haben sie gerade in der Kriegszeit die Sonderinteressen vor
den allgemeinen Interessen zurücktreten, das kann man jeden Tag
in den Zeitungen lesen. Das verklären auch die Regierungen und
sonstigen Behörden, aber das prallt ab. Erst komme ich! ist und
bleibt der Wahlspruch der Unternehmer.

Auch in unserm Verufe machen sich wieder Bestrebungen be-
merkbar, welche die Schutzbestimmungen für die Steinarbeiter be-
seitigen wollen. Wie uns mitgeteilt wird, geht die Bewegung
diesmal hauptsächlich von den kleineren Grabsteingeschäftsinhabern
aus; die schon in Friedenszeiten entweder nur periodisch oder für
längig höchstens 1 bis 2 Gezeiten beschäftigt, und die haben jetzt
bei dem durch die vielen Einberufungen eingetretenen Mangel an
Arbeitskräften sehr wenig oder gar keine Aussicht, einen Gesellen
zu bekommen.

So haben die hannoverschen Unternehmer im Steinhauererwerb
bei der Handwerkskammer in Hannover beantragt, daß das Verbot
der Befähigung von Lehrlingen unter 16 Jahren auszuheben
wird. Diese hat den Antrag dem Handwerkskammertag überwiesen.
Für den Leipziger Bezirk hat die Gewerkekammer zu Leipzig
dasselbe befristet, aber „heller“, wie die Zahlen nun einmal
sind, hat man, als die Aufhebung nicht möglich ist, den Wunsch
darin geteilt, daß man dann wenigstens den früher entwickelten
Grabnen an Grund eines ärztlichen Zeugnisses den Eintritt in die
Lehre nicht verweigern solle.

Wir müssen nun gegen alle derartigen Versuche energisch
protestieren. Die Bundesratsverordnung zum Schutze der Stei-
narbeiter ist auf Grund eines geradezu erdrückenden Beweis-
materials erlassen und die bei den Vorberatungen hinzugezogenen
Unternehmer und Arbeiter waren einstimmig der Meinung, daß
durch die Schutzbestimmungen das Gewerbe nicht geschädigt würde

Rundschau.

Die Schwammsteinindustrie in 1916. Über die Lage der Schwammsteinindustrie im abgelaufenen Jahre berichtet das Rheinische Schwammstein-Syndikat, G. m. b. H., Kempten: Der Absatz in Schwammsteinen im Jahre 1916 wird kaum 10 Prozent der Beteiligung erreicht. Die Herstellung des Syndikats war zunächst mit 15 Prozent seiner Produktionskraft beschränkt, wurde aber mit Rücksicht auf die allgemeine Lage nachträglich auf 7,5 Prozent der Produktionskraft herabgesetzt. Da im Jahre 1914 infolge des Krieges die Produktion vorzeitig unterbrochen und auch in 1915 die vorerwähnten Produktionsmengen nicht erreicht wurden, so ist eine Abnahme der Bestände zu verzeichnen. Das Syndikat sah sich veranlaßt, die Preise für das erste Halbjahr 1916 zu erhöhen, weil die Materialpreise im Laufe des Jahres eine erhebliche Erhöhung erfahren haben. Die Aussichten für den Absatz im Jahre 1916 sind trübe, zumal auch der durch den Ausnahmestauungserhöhten Absatz nach Dispreußen kaum den höchsten Erwartungen entsprechen wird.

Allgemeine Bekannmachungen.

Golha. Die Granitschleifer Hermann Pfiffer (geb. den 7. Dez. 1887 zu Jell a. M.) und Franz Wihenerbacher (geb. den 25. März 1878 zu Bensheim) sind von hier abgereist und haben ihre Interimskarten in größter Unordnung liegen lassen.
Die Ortsverwaltung:

Adressen-Änderungen.

Bühlberg. Raff.: Max Fuhs, Wisingerrenth (Post Bühlberg), Cunewalde. Dorf.: August Ritter, Steinischleifer, Biederw., Kaffel. Dorf. u. Raff.: M. Friebe, Josephstraße 4. Kieferfelden. Dorf. u. Raff.: Hans Janier.

Anzeigen

20 tücht. Steinhauer
auf hartem Sandstein, auch Kriegsschadigte, sofort bei hohem Akkordlohn und dauernder Beschäftigung gesucht.
H. Buchmeyer, Ruhrsandsteinwerke
Herdecke (Westfalen).

Schrifthauer auf Granit und Marmor
Granitschleifer
werden in dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie, G. m. b. H. Stettin.

einige Steinmetzen, Pflasterer
sowie einen Schmie.
Zu melden bei dem Bruchmeister **E. Stelzel, Königsbrück.**

Militärfreier Steinmetz auf Kunststein
und Schrifthauer
zu sofort gesucht.
Bräck & Stroemer, Lübeck.

Tüchtige Steinmetzen
geübt auf Denkmalarbeit, werden bei höchsten Löhnen sofort eingestellt von
Oberlausitzer Blaugranitwerk
Eugen Buck
Reichenbach (Ob.-Lausitz).

10 Steinmetzen auf Traventiner
stellt ein
Traventinerwerke Langensaiza.

Mehrere tücht. Schleifer u. Steinmetzen
auf schwedischem und Brottoroder Granit finden dauernde Arbeit bei höchsten Akkordlöhnen.
Granitwerke Köpler
Schmalkalden und Brottorode (Thüringen).

Granitsteinmetzen u. Maschinenschleifer
stellt bei hohem Akkordlohn für dauernde Beschäftigung sofort ein
Meissen-Zschellaer Granitwerk (Georg Wolf)
Meissen-Zschella 1. B.

Im Felde gefallen
sind nachstehende Kollegen:
Friedrich Eitner, 24 Jahre alt, aus der Zahlstelle Sa.-Hst. (Schleifen).
Franz Martin, 25 Jahre alt, aus der Zahlstelle Hannover.
Paul Hofmann, 25 Jahre alt, aus der Zahlstelle Denzho.
Jakob Reinel, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle Königsbrück.
Joseph Ulick, 37 Jahre alt, aus der Zahlstelle Wünnfelburg.
Ehre ihrem Andenken!
(Wir eruchen die Vertretungskomitee, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanmeldungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingetragen wurden.)
In **Blankenburg a. S.** am 17. Januar **August Kohlhase**, 51 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In **Hollenberg a. M.** am 13. Januar **Wilhelm Sünne- mann**, 42 Jahre alt, an Blutsturz.
In **Sutter a. B.** am 24. Januar **Fritz Kohrig**, 43 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In **München** am 22. Januar **Joseph Teufel**, 44 Jahre alt, an Kehlkopfschwundstucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

an Umfang zunehmen. In gleichem Maße aber wie die General-Vollkommnung ihre Aufgaben vermehrte, mußte auch das Korrespondenzblatt seinen Inhalt erweitern. Die Gewerkschaften konnten sich im Laufe der Zeit nicht nur mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen. Wirtschaftspolitische, vor allem sozialpolitische Fragen drängten mit in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung in Gewerkschaftskreisen und verpflichteten das Korrespondenzblatt zur Besprechung, nicht minder das große Gebiet der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes. Und als die internationale Gewerkschaftsbewegung sich immer mehr ausweitete, mußte auch hier das zentrale deutsche Gewerkschaftsblatt die deutsche Gewerkschaftsbewegung ausreichend unterrichten. Die gewerbliche und vereinsrechtliche Rechtsprechung, eine größere Berichterstattung aus dem ganzen gewerkschaftlichen Organisationsleben, später die Beförderung des Wirtschaftsmarktes und manche anderen aus der Zeit sich ergebenden Notwendigkeiten erforderten eine Vergrößerung im Korrespondenzblatt.

Es ist denn auch der Umfang des Blattes mit den Jahren gewaltig gewachsen, nicht zuletzt auch durch Einführung zahlreicher Beilagen. Der Beilagenband ist heute bald so stark als der Hauptband. Sein großer Wert liegt nicht zuletzt darin, daß er zugleich ein reichliches Nachschlagewerk ist, vermöge seines guten Inhaltsverzeichnis. Das anfänglich vier Seiten in kleinem Format umfassende Mitteilungsblatt erscheint heute regelmäßig 32 Seiten stark; nur während der Kriegszeit ist der Umfang vorübergehend eingeschränkt worden. Mit der Vielfältigkeit des Inhalts steig auch die Zahl der Mitarbeiter, die jetzt im Au- und Umstande etwa 300 betragen und nicht allein mit dem Wachstum der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch durch eine starke Abminderungsabnahme der Gewerkschaften in seine Aufgaben enorm angewachsen. Mit 400 Exemplaren ins Leben getreten, hatte es Ende 1913 eine Auflage von 30.000.

Bis zum Jahre 1900 wurde das Blatt vom Vorsitzenden der Generalvollkommnung, Karl Reigen, geleitet, erst nachdem wurde ein händiger Redakteur angestellt, dem 1905 noch ein zweiter zur Beendigung der stark vermehrten Arbeiten zur Seite gestellt wurde. Das Korrespondenzblatt hat sich nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch in der deutschen Zeitungswelt zu einer sehr beachtenswerten Zeitschrift herausgearbeitet; nicht zuletzt verdient es diese seine hervorragende Stellung seinem leitenden Redakteur Paul Umbreit, der mit vielem Fleiß und journalistischer Tüchtigkeit seit 18 Jahren die Redaktion des Blattes führt.

Eine Zuschrift des Herrn Fromm.

Köln, den 24. Januar 1916.

In die Zeitschrift des „Steinarbeiters“, Leipzig.
In Nr. 4 Ihres Blattes wird berichtet, der Zentralverband christlicher Keramiker- und Steinarbeiter verbreite unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Flugblatt, in dem die freien Gewerkschaften angegriffen werden. Der angegebene Verbandsleiter ist weder von der Herausgabe, noch von der Verbreitung eines solchen Flugblattes während der Kriegszeit das mindeste bekannt. Da in der „Ameise“ Bonn als Ort, wo die Verbreitung des Flugblattes stattfand, genannt war, haben wir dort an Ort und Stelle Untersuchungen angeordnet, wobei sich schließlich herausstellte, daß eines unserer Mitglieder ohne unseren Auftrag und unser Wissen ein paar Exemplare alter Flugblätter, die noch aus der Zeit vor dem Kriege vorhanden waren, an einzelne junge Leute abgegeben hatte.
Martin Fromm.

Soweit also die Zuschrift des Herrn Fromm. Es wird nur bestritten, daß an der Verteilung die Zentrale des christlichen Keramiker- und Steinarbeiterverbandes unbeteiligt sei, aber zugestanden wird, daß in Bonn tatsächlich jenes Flugblatt, welches sehr geeignet war den Bürgerlichen zu hören, verteilt wurde. Fromm sagt, ein Mitglied hätte die Verteilung vorgenommen; es ist aber anzunehmen, daß diese Verteilung von der Ortsverwaltung direkt ausgegangen ist, denn es geht wohl nicht an, daß jedes beliebige Mitglied ohne weiteres Flugblätter verteilen kann. Die Zuschrift des Herrn Fromm bestätigt also lediglich, daß sich die Keramiker in Bonn höchst unkollegial benommen haben. Die Zuschrift läßt ferner nicht erkennen, ob Fromm die Verteilung des Flugblattes auch beobachtet, auf dieses Moment kommt es doch wesentlich an. Die Zuschrift ist somit recht gerühmend abgefaßt.

Feldpost-Mitteilung.

Branie (Serbien), den 15. Januar 1916.

Verte Kollegen!

Vor allem danke ich für die Zustellung des „Steinarbeiter“, den ich immer, wenn auch jetzt verspätet, erhalte. Hier in Serbien muß man mit der Post Geduld haben, die Verbindung ist zu schlecht. Ich befinde mich jetzt auf dem dritten Kriegsschauplatz, denn Anfang Oktober wurden wir in unserer schönen Waldstille in Tirol abgeleitet, die Fahrt ging nach Westen, in die Champagne. Nach acht Tagen aber bestiegen wir wieder das Dampfboot. Jeder dachte, wozu geht nun die Fahrt. Wieder durchfuhren wir unser schönes Bagerland, in Rothenheim tranken wir das letzte bayerische Bier, das uns gut munde. Dann ging die Fahrt über Salzburg, weiter passierten wir Wien, die alte Kaiserstadt, und Budapest. Dann kam die endlose Fahrt durch die Puszta, endlich nach 99 1/2 Stunden Bahnfahrt kamen wir in Weizskirchen (Südungarn) an. Weizskirchen ist ein kleines Städtchen. Am zweiten Tage, es war am 30. Oktober, marschierten wir ab; um 11 Uhr 45 Minuten mittags passierten wir mit bloßem Auge die ungarisch-serbische Grenze über eine große Schiffsbrücke. Einige Dampfer sah man mit dem Schornstein nach aus der Donau ragen, ein Zeichen des hier stattfindenden Kampfes um den Donauübergang. Nach sechs großen Marschtagen erreichten wir die serbische Kreisstadt Kragevatz. Dann ging es in Eilmärschen den zurückgehenden Serben nach, am 11. November kamen wir nach Kragevatz, am 13. kamen wir das erste Mal ins Feuer, am 15. hatten wir einen ziemlich harten Kampf. Es galt die Höhen von Kaska zu nehmen, wobei die Serben vorwärts kämpften. Sie bewarfen uns noch mit Handgranaten auf drei bis vier Meter Entfernung, aber die deutsche Luftschützenstaffel führte uns den Sieg. Dann ging es nach Nozibazet und noch weiter in die montenegrinischen Berge hinein. Jetzt wurden wir abgelöst durch französische Truppen, und wir kamen in Aufstellung. Jetzt bekämpfen wir uns auf dem Marische nach ... und harren der Dinge, die da kommen werden, aber mit der Zuversicht, daß wir siegen werden.
Einweilen recht herzlichen Gruß
Friedrich Finl.

Korrespondenzen.

Airichhausen (Ebnwald). Am 23. Januar tagte im Gasthaus zur Bergstraße in Herpforden unsere Generalversammlung, welche höchst reichlich war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Absterben der im Felde gefallenen Kollegen Jakob Gimpel und Adam Antke durch Erheben von drei Pfützen. Daran schloß der Kaiserer Michel Krennher die 4 Quartalsrechnung ab. Der Kassierstand beträgt 52,07 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab dann den Jahresbericht bekannt. Es fanden vier Versammlungen statt. Alsdann erfolgte der Fortschritt ein Schreiben, worin die Unternehmer ersucht wurden, die Erneuerungszulage von 1 Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen. Dies wurde von den Unternehmern leider abgelehnt. Da die Arbeiter und Schmie bisher von jeder Erneuerungszulage ausgeschlossen waren, so tritt dieselbe bei den beiden Branchen am 1. März 1916 in Kraft. Alsdann wurde der Vorstand wiedergebildet. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde das Verhalten der Unternehmer betreffs der Erneuerungszulage scharf kritisiert. Auch über einige Forderungen der Arbeiter wurde lebhaft diskutiert. Obwohl wir im vorhergehenden einige Redaktionen haben und etliche Kollegen dem Verbände aus den Rufen lehrten, so können wir dennoch mit festem Vertrauen in die Zukunft blicken.

und hat den Anforderungen der Arbeiter Rechnung getragen werden kann und muß, nur über die Ubergangszeit war die Zustimmung gefällig.

Wie die diese Zustimmung seit dem 20. März 1902 und in etwa erweitert vom 1. Juli 1909 in Kraft, ohne daß von irgendeiner Seite der Beweis gebracht werden konnte, daß diese Zustimmung dem Gewerbe geschadet hat. Im Gegenteil, gerade die Zeit der Eröffnungsjahre ist im letzten Jahrzehnt gewaltig gedeihen und jeder der nur einigermaßen ein bißchen richtig ist, hat kein gutes Wort zu verlieren.

Die Verbindung der Unternehmer zur Vereinfachung der Rechtsmittelbestimmungen ist kurz, ja sogar sehr kurz: Verlehnung und Wechselvertrag. Das aber auch kurzerhand zu tritt, ist freilich eine andere Frage.

Es ist möglich, daß es in verschiedenen Orten schwieriger ist, Lehrlinge zu bekommen, aber das hat nicht nur einen, sondern mehrere Gründe.

Zuerst ist die Gesundheitschädlichkeit des Steinstaubes im Maße mehr bekannt geworden, nach unserer Meinung aber noch lange nicht genügend, und wir werden oben deshalb nur eine Stelle aus dem Untersuchungsprotokoll des Herrn Dr. Sommerfeld. Es heißt dort Seite 45:

Die Untersuchung der Steinmetzlehrlinge ergab, daß von 54 Lehrlingen 15-19,1 Proz. mit Lungenschwundstucht erkrankt waren, daß von 25, die untersucht wurden, 2 an Lungenschwundstucht, 2 an chronischem Kehlkopfkatarrh, einer an Kehlkopfschwundstucht, 4 an Kehlkopfschwundstucht, verdächtige Krankheitserscheinungen darboten und fast alle mit chronischem Nasen- und Mandelkatarrh behaftet waren.

Von 25 Lehrlingen kein einziger gesund und etliche schon unheilbar todestandig.

Kann es denn eine bessere Beschäftigung des Lehrlingsvertrages unter 16 Jahren geben? Welcher eigenartige Mut und welche Dosis Egoismus gehört dazu, um gerade die Verlehnung des Lehrlingsvertrages zu fordern? Man hält kaum für möglich.

Man aber hat bei einem großen Prozentsatz der Grabsteinunternehmer die Voraussetzungen zur Ausbildung von Lehrlingen gar nicht vorhanden. Gelehrt werden sollen dauernd, meist periodisch befristet, der Unternehmer selbst ist viel auf Kundtschaft, kann also den Lehrling weder dauernd überwachen, noch anleiten und dann - sehr vielen auch das Zeug zum Ansbilden von Lehrlingen, vor allem Dingen die Mühe und Sachlichkeit und oft auch die nötigen Fachkenntnisse, um für später einen brauchbaren Gesellen heranzubilden. Was aber vorläufige Ehre am meisten abhält, ihren Jungen bei einem Steinbauer in die Lehre zu geben, ist der Umstand, daß nach beendeter Lehrzeit gar keine Garantie für dauernde und auch lohnende Beschäftigung gegeben werden kann, denn die meisten müssen eben nach beendeter Lehrzeit in die Fremde, weil sie der Lehrmeister nicht mehr weiter beschäftigen kann oder will, oder sie gehen freiwillig, weil sie zu den famosen Junggefellenslöhnen nicht noch ein Jahr oder gar länger arbeiten wollen. Andere wieder bilden ihre Lehrlinge absichtlich einseitig aus, damit sie ja keinen späteren Konkurrenzern erhalten.

Im allgemeinen ist der Zugang von Arbeitskräften in unserm Berufe durchaus normal geblieben, das beweist ein Umstand, der sonst nicht so leicht zu erklären wäre, nämlich das gegenwärtige Kriegszustand kann nicht als maßgebend herangezogen werden, denn da haben die Gesellen und auch viele Meister eine wichtigere und schwerere Arbeit erhalten. Sie müssen das Vaterland verteidigen, und diesem Mangel an Gesellen kann auch eine Aufhebung der Lehrlingszulassungsbestimmungen weder lindern noch beseitigen.

Bis vor Ausbruch des Krieges liegen Beweise zu Hunderten vor, daß, wenn ein Unternehmer mehrere Steinmetzen brauchte oder annanzierte, stets mehr persönlich oder schriftlich anfragten, als überhaupt gebraucht wurden. Ob das in Sachsen, Sachsen oder in Süddeutschland, sobald Steinmetzen gesucht wurden, fremde meist mehr per Bahn oder Fuß zu, als gebraucht wurden. Die Heilunterstützungsbelege beweisen das. Aber auch wenn Grabsteingewerkschaftsinhaber annanzierten, trafen stets eine größere Anzahl von Briefen und Karten ein, als Kräfte gebraucht wurden, und gerade bei kleineren Geschäftsinhabern war es fast ständige Medensart: „Zu was denn Gesellen durchbeizufügen, man braucht nur zu annanzieren, dann kriegt man mehr als man braucht.“ Auch die Redensart, wenn einer mal etwas forderte, oder sonst irgendeine Differenz eintrat, wenn's Ihnen nicht paßt, ich habe so viel Angebote, haben wohl die meisten Gesellen selbst gehört. Manche kleineren Unternehmer haben periodisch die Anfragen geistigt, um auf ihre Gesellen einzuwirken. Wir konnten sehr, sehr viele nennen. Also ein Mann nur zutreffen, entweder es ist Stellenmangel oder es ist keiner, wir wissen, daß das letztere der Fall ist, und damit fällt auch dieser Grund zur Vereinfachung der Lehrlingszulassungsbestimmungen. Dann haben aber eine Anzahl kleinerer Unternehmer sich die paar Gesellen selbst verlehrt, sie haben nach Ausbruch des Krieges ihre Leute entlassen und nur wenige sind vor Eintritt des Winters wieder eingestellt worden, und so mußte sich ein großer Teil nach anderer Arbeit umsehen. Etliche haben wochen- ja monatelang Notharbeit gemacht, die meisten haben jedoch, sei es in der Kriegsindustrie oder anderweitig Arbeit gefunden, die zum Teil viel leichter und lohnender, besonders aber nicht so gesundheitsschädlich und möglichst andauernd ist. Heute noch in eine beträchtliche Anzahl von Steinmetzen außerhalb des Berufes beschäftigt und davon werden viele auch nach Beendigung des Krieges nicht wieder zurückkehren. Ferner ist es eine bekannte Tatsache, daß der größte Teil der Steinmetzen, welche in Grabstein gewerkschaften haben, auf Bau überzogen und zwar, weil dort den gesundheitlichen Anforderungen in dem auf Arbeitsstunden, Aufstehaltsräumen, besserer Bearbeitung, Arbeitszeit und dergl. etwas mehr Rechnung getragen wird. Würden die Grabsteingewerkschaftsinhaber hier auch mehr Gewicht darauf legen und besonders geordnetere Arbeitszeiten einhalten, sie hätten keinen Grund zur Klage.

Sie glauben auch nicht, daß nach Beendigung des Krieges gleich wieder alle zurückkehrende Steinmetzen sofort eingestellt werden. Viele werden nicht gleich Arbeit erhalten, und da ist es zu empfehlen, wenn sie diejenigen rechtzeitig melden, welche Gesellen brauchen.

Im großen ganzen besteht nicht der geringste Anlaß zur Zurückhaltung über Aufhebung einzelner Zulassungsbestimmungen; viel dringender wäre eine bessere Einstellung und eine härtere Beurlaubung, denn die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern reden nach wie vor eine deutliche Sprache, und sollten sich die Verantwortlichen der Zulassung der Zulassungsbestimmungen mehr, so sollen wir uns veranlassen, nicht nur den in Frage kommenden Behörden und der Zentralbehörde zu übermitteln. Hier gilt es Kräfteleben vor lauterem Mangel und dem frühzeitigen Tode zu retten. Wir haben wahrhaftig alle Hände voll zu tun, mit dem Vollen unserer männlichen Beistand in Zukunft Monasterien anzugehen.

25 Jahre Korrespondenzblatt.

Dem Jubiläum der Korrespondenzblätter folgt nach zwei Wochen ein Heft des Korrespondenzblattes der Generalvollkommnung der Arbeiter des Reiches. Am 26. Januar 1891 erschien die erste Nummer des Blattes. Seit dem 1. Januar 1916 hat die Generalvollkommnung die Korrespondenzblätter der Generalvollkommnung herausgegeben, das in der bisherigen Fassung erschienen und während der letzten Jahreszahl der Generalvollkommnung gegeben. Die Zeit der Herausgabe der Blätter und des Korrespondenzblattes ist durch den Umstand, daß der Herausgeber des Blattes nicht mehr am Leben ist, unterbrochen worden. Der Herausgeber des Blattes ist seit dem 1. Januar 1916 durch den Umstand, daß der Herausgeber des Blattes nicht mehr am Leben ist, unterbrochen worden. Der Herausgeber des Blattes ist seit dem 1. Januar 1916 durch den Umstand, daß der Herausgeber des Blattes nicht mehr am Leben ist, unterbrochen worden.